

festen um diesen großen Erwartungen zu genügen. Weil Schweden eine harte Grotpolitik zu treiben wünsche, mögliche Kriegsgegen am eigenen Sicherheit willen sich zu räumen, die Unionen fordern und eine von norwegische „Sag“ unabdingbare Leitung seiner außwärtigen Angelegenheiten fordern. Die ganze Schule sei auf Seite Schwedens“. Der Schrein, welchen der dichterische Parteikunstung erhob, ist später von seinen radikalen Schülern im continentalen Zeitungen wiederholt worden, besonders in der norwegischen Presse. Die sogenannten schwedischen Räumungen und die angebliche Absicht Schwedens, Russland einzugreifen, werden oft als Agitationssmittel benutzt, um die vorhandene Macht des Separatismus wieder zu befestigen. Was dabei ergründet wird, ist doch alles letzte Redensart. Denn jene Räumungen beziehen sich auf eine seit mehr als 10 Jahren diskutierten, aber erst 1892 beschlossene partielle Reorganisation der schwedischen Armee. Die Reorganisation wird jetzt allmählich durchgeführt, und zu dem Zweck hat der Reichstag während seiner letzten Sitzungen die nötigen Mittel votiert. Weil gegenwärtig die Lage der schwedischen Staatsfinanzen eine sehr plump ist, hat man in der Sitzung dieses Jahres größere Bewilligungen als früher verlangt können. Das ist die ganze Wahrheit von den schwedischen Räumungen. Von jenseits einer neu erwachten oder gar bedeutsamen Thätigkeit, von den angeblichen neuauftretenden Verbindungen — von allem dem keine Spur. Aus guten Gründen hat also das europäische Publicum jene norwegischen Behauptungen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Deshalb finden die radikalen Verfasser jetzt ein neues Auditorium. Mit einigen Wörtern schreien sie fleißig in russischen Zeitungen, um den Russen Wirkungen und Anwesen einzugeben. Schweden sei immer gegen Russland und gegen die russischen Interessen sehr feindselig. Geschichtslehrer rütteln die russischen Staatsräuber den mohren Charakter von solchen Märchen nicht, aber es kann doch zu bestimmten Konsequenzen führen, wenn es jenen Norwegen gezeigt, eine derartige Meinung zu verbreiten. Das so erzeugte Unzufriedenheit kann viele Unzufriedenheiten nicht nur für Schweden, sondern auch für Norwegen hervorrufen, ja sogar zu ernsten Verwicklungen den ersten Anfang geben. Das jetzige Verfahren der norwegischen Separatisten ist um so erstaunlicher, als gerade sie immer die größte Freundschaft auf den Puppen führen und beanspruchen, als die eifrigsten Kämpfer der internationalen Schiedsgerichte betrachtet zu werden. Das gegen Schweden darf jene Freundschaft nicht zum Vortheile kommen. Das jene unlautere Agitation bei eingetretenden Verwicklungen aus Norwegen die größte Gefahr bringen kann, das scheinen die Radikalen freilich nicht zu bedenken.

Deutsches Reich.

■ Berlin, 11. Januar. Bei der in Aussicht genommenen Neuregelung der Richtergesellschaft in Preußen ist bekanntlich auch für gewisse richterliche Beamten das Dienstaltererhöhung geplant. Für die Senatspräsidenten, Oberstaatsanwälte und Landgerichtspräsidenten wird darnach die Zeit von der Ernennung bis zur Erreichung des Höchstalters in Zukunft sich auf 12 Jahre belassen, während sie gegenwärtig bei Senatspräsidenten 15 Jahre, bei Oberstaatsanwälten 15 Jahre 11 Monate und bei Landgerichtspräsidenten 11 Jahre 11 Monate dauert. Der Gehaltsbeitrag der Wehrmautwendungen bei dieser Classe beläuft sich auf 89 900 Mark. Von den Oberlandesgerichtsräten, Landgerichtsräten und ersten Staatsräatern wird das Höchstalter in neuem Jahre erreicht werden, während die durchschnittliche Dienstzeit gegenwärtig 13 Jahre 3 Monate, 11 Jahre 11 Monate und 11 Jahre 4 Monate beträgt. Der Gehaltsbeitrag der Wehrmautwendungen bei dieser Classe beläuft sich auf 333 300 £. Die Richter, Amtsrichter und Staatsanwälte sollen ebenfalls 8 Gehaltsklassen gebildet werden. Die Gesamtmautwendung dafür würde sich auf 15 581 400 £ belaufen, während der gesamtwirtschaftliche Gehaltsaufwand 16 638 000 £ beträgt. Der Wehrmautwand bei diesen Beamten beläuft sich deshalb auf 1 943 400 £. Das Höchstalter soll mit einem weiteren Dienstalter von 20 Jahren 11 Monaten erreicht werden, während gegenüber dieser Zeitraum 12 Jahre 2 Monate beträgt. Die insgesamt notwendig werdende höhere Summe beläuft sich auf 2 366 000 £ oder 11,2 Proc. der jetzigen Mautsumme. Einige wenige Beamte befinden zur Zeit höhere Gehälter als die ihnen flüssig gestellte Normalaboldung. Es versteht sich von selbst, daß sie den überschüssigen Betrag ihrer Gehälter so lange weiter beziehen, bis der Unterschied durch Erreichung eines höheren Normalgehaltes ausgeglichen ist.

■ Berlin, 11. Januar. Wir haben am Sonntag mitgetheilt, was die „Berl. Correspond.“ zur Rechtfertigung eines Artikels der „Wirtschaftspolitischen Blätter“, eines Organs des Bundes der Landwirte, zu erläutern hatte. Daraus hin bringt die Redaktion der „Wirtschaftspolitischen Blätter“ in der „Deutschen Tagesschau“ folgende Entschuldigung vor:

„Der Artikel entnahm der Feder eines Berichterstatters, der seit wenigen Monaten mit uns in Verbindung standen war.

In den zahlreichen Nachjahren, welche uns seitdem von ihm einreichten worden waren, sollte sich der Berichtersteller über die von uns behandelte Gegenstunde außerordentlich unterrichtet gefühlt haben. Seine Beurtheilung auf seine bisherige Interessenlage erfüllt es sich, doch die in Wahrheit liegende Arbeit in Abweisung des Redakteurs durch einen Hilfsarbeiter unter Redaktionserlaubnis in die Druckerei wanderte und die unerwünschte Redaktion geschäftlich erst nach letzterer Verfolgung des Zeitungssatzes von dem Vorstand des Autographen Vertrags erhalten. Die Redaktion erhielt, wie bekanntlich, den, der in dem Nachdruck enthaltenen Combinations auf uns einen widrigen Einfluss beübt, wie ferner in der gegnerischen Presse zu Tage getreten ist.“

Trotz des am Schlusse ausgeschriebenen freiwilligen Desistments wird es doch sehr sonderbar gefunden werden müssen, wenn in einem Organ des Bundes der Landwirte derartige politische Artikel, ohne daß die Redaktion davon Kenntnis erhielt, durch „Hilfsarbeiter“ in dem Druck und an die Öffentlichkeit befürdet werden können.

— Die „R. A. B.“ meint: „Die mit der Verabredung von Fragen bezüglich Ausführung der Handelsverträge belastete deutsch-russische Konferenz, welche wegen des russischen Reichsabschlusses für kurze Zeit vertagt war, hat ihre Verhandlungen wieder aufgenommen. Dem Berichtersteller nach verhandeln die Verhandlungen zu einer Bekanntmachung geführt und sind die Delegierten z. B. damit beschäftigt, das Recht der Bezeichnungen festzustellen und in geeigneter Form kirchlich niederrichten.“

Der Bericht von Steele legt die Thatfrage, daß im Jahre 1896 in Deutschland vier große Schnellbahnen von über 10 000 t Brutto abgeladen seien, in England einer unters.

— Der Reichstag-Mitglied Steele (Stuttgart, nat.-lib.) ist gestern ein Urteilsschluß bis Osten im Reichstagssaal eingetroffen. Steele befand sich, wie bekannt, seit Herbst vergangenen Jahres in Wien und hat dort eine längere angestaltige Wohnung sich bemerket. Man legt ihm eine gewisse Bedeutung bei, zumal er so leicht, daß sie auf eine besondere, vor deutscher Seite ausgewogene Einladung erfolgte, und sein Freizeit für die Teilnahme einer österreichisch-ungarischen Ministranten an einem zusätzlichen Ordensfest vorbanden sei. Der „Berliner Blos“ meint, die Reise Goluchowski's sei ein, wenn vielleicht auch nicht beständiges, „öffententliches“ Zeichen unveränderter intimster Beziehungen der beiden Reiche.

— Der Unterstaatssekretär im Staatsministerium, Wirklicher Geheimer Rath Koch, ist, wie der „Reich. Allg. Blg.“ berichtet, seit einer Zeit erkrankt und wird durch den Wirklichen Geheimen Oberregierungsrath v. Krosnowski vertreten.

— Von dem Reichstag-Mitglied Steele (Stuttgart, nat.-lib.) ist gestern ein Urteilsschluß bis Osten im Reichstagssaal eingetroffen. Steele befand sich, wie bekannt, seit Herbst vergangenen Jahres in Wien und hat dort eine längere angestaltige Wohnung sich bemerket. Man legt ihm eine gewisse Bedeutung bei, zumal er so leicht, daß sie auf eine besondere, vor deutscher Seite ausgewogene Einladung erfolgte, und sein Freizeit für die Teilnahme einer österreichisch-ungarischen Ministranten an einem zusätzlichen Ordensfest vorbanden sei. Der „Berliner Blos“ meint, die Reise Goluchowski's sei ein, wenn vielleicht auch nicht beständiges, „öffententliches“ Zeichen unveränderter intimster Beziehungen der beiden Reiche.

— Der Reichstag-Mitglied Steele (Stuttgart, nat.-lib.) liegt seit Weihnachten an einem Magenleiden durch.

— In Deutsches-Österreicherland, der „Böll. Blg.“ zufolge, am 1. Januar der Präsidenten des katholischen Schulvereins Edward Strelitz in Alter von 30 Jahren.

— Hamburg, 11. Januar. Der Verein Hamburger Assecurateure (Aviation-Bureau) veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Nachdem sie durch den Streit verschiedener normalen Verhältnisse, welche Veränderungen in der Zusammensetzung der Güter von den Gütern zur Folge hatten, als bestreitig anzusehen sind, leben sich die Mitglieder des Vereins verlaßt, die früher gemachten Zusammensetzung hinsichtlich der Ausdehnung ihres Rückens wieder zurückzuführen, und tritt nunmehr für die Begründung desgleichen wieder die durch die Polizei-Bedingungen festgestellte Frist ein.“

— Wengenowiz, 10. Januar. Präfekt Wazzo, der, wie er und seine Angabe von Grünenau spricht, die Entlassung aus dem Amt eines Religionslehrers am Gymnasium nachgefragt hat, ist dem „Kreis“ zufolge, mit der Verwaltung der Präfektur Karlsruhe bei Gutten betraut worden.

— Görlitz, 11. Januar. Ein polnisches Comité in Görlitz erhält einen Antrag an die in der dortigen Gegend wohnhaften Polen, worin sie aufgefordert werden, in einer für den 2. Februar in Görlitz abberaumten Volksversammlung zu erscheinen, um an den Antrief von Peterkow eine Petition zu entfalten und die Befreiung eines polnischen Sozialisten für die Provinz Sachsen zu erbitten.

— Altenburg, 11. Januar. Am heutigen Tage reiste der Statthalter von Elster-Werdau, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, zu Schloss am Bergzahlen Hof, unterwarf mit dem Herzog von Sachsen eine Rundfahrt durch die Stadt und begab sich Abends nach Gera.

— Frankfort, 10. Januar. Die „Frank. Blg.“ hatte am 8. Jhd. gegen sie angeklagten Zeugnissen vorwärts erläutert, sie werde in Erwähnung ziehen, ob es nicht angebracht ist, die Staatsanwaltschaft auf die in den „Handelsblatt“ und der „Gesetzgebung“ auf analoge Verhältnisse bei der Erledigung des Reichsabschlusses und der Vergangenheit einzuholen. Sie legte die Forderung ab, daß sie auf analoge Verhältnisse bei der Erledigung des Reichsabschlusses und der Vergangenheit einzuholen. Der Minister hofft: „Wir haben bei dem Abkommen und nichts vergeben und die Sache ruhig und objektiv ausgestellt.“

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus legt die Forderung über das Budget des Handelsministeriums fort. Im Laufe der Debatte kam der Handelsminister Claus von Soden auf die Verhandlungen, eine politisch-wirtschaftliche Einigung zwischen dem Reich und Frankreich wegen des Reichsabschlusses aufzufinden, darunter, daß beide eine gemeinsame Kommission für die Bezeichnung des Handelsvertrages mit Frankreich und einer wirtschaftlichen Konflikte mit dem Lande, mit dem in guten Beziehungen zu stehen ist, in Offenheit den lebhaften Handels führen, noch geplant, andererseits hätten die Wiesbaden-Mitteldeutsche, der Reichsregierung die Erfüllung der Verhandlungen unmöglich gemacht. Darum habe sich der bekannte Ausgleich ergeben. Der Minister bestreite, die französische Regierung habe sich bereits Taxis mit den Verhandlungen auf das Correcte einverstanden gezeigt, und wies gleichzeitig auf analoge Verhältnisse bei der Erledigung des Reichsabschlusses und der Vergangenheit in der österreichisch-ungarischen Republik hin, wo der Ausgleich kein Problem in den Sinn gelegt habe. Der Minister hofft: „Wir haben bei dem Abkommen und nichts vergeben und die Sache ruhig und objektiv ausgestellt.“

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterhändler höher schätzen, als das man glaubt, sie müssen im Stande die vorhandenen Unterschiede zu übersehen oder Dinge, die nicht bestimmen, sich einreden zu lassen.

— Wiesbaden, 11. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm den Entwurf „Gesetzes des Handelsministeriums“ an. Im Jahre 1890 wurde der Gesetzgeber durch den Reichskanzler Sponer den Ausgleich mit Ungarn und schätzte, dass Ausgleich werde nach dem zweiten Verhandlungstermin der Kommissionen und finanziellen Kräfte zu Stande kommen. Nun könnte die Kenntnis der beiderseitigen Unterh